

Am 9. Juni 2024 wählen die Bürgerinnen und Bürger das neue Europäische Parlament. Mit der Wahl der künftigen EU-Abgeordneten werden wichtige Weichen für die multiplen Herausforderungen der EU gestellt. Die dbk hat mit ihrem Programmcheck nachgefragt, was die Landwirtinnen und Landwirte in Sachen Agrarpolitik von den Parteien zu erwarten haben. Jetzt heißt es für alle Wählerinnen und Wähler genau hinschauen, denn es gibt auch europafeindliche Parteien, die Deutschland mit ihrem Programm schaden könnten.

Programmcheck der Parteien

ENTWICKLUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

Die Rolle Europas verändert sich. Eine veränderte sicherheitspolitische Lage bringt neue Anforderungen mit sich. Welche Rolle kommt hier der Landwirtschaft mit Blick auf die Ernährungssicherheit zu und was kann Europa tun, dass Landwirtschaft ein Stabilitätsanker in Europa und darüber hinaus ist?



Die EU muss den Fokus ihrer Politik wieder stärker auf die Ernährungssicherheit und die wirtschaftlichen Perspektiven der Landwirte legen. Ernährungssicherung ist ein Teil unserer Sicherheitspolitik und Basis unserer Unabhängigkeit. Die Erzeugung und die Herstellung von qualitativ hochwertigen Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen ist eine strategische Aufgabe, denn Ernährungssicherheit ist Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung sowie sozialen Frieden in Europa und weltweit. Die Rahmenbedingungen müssen so gesetzt sein, dass unsere Landwirtschaft unsere Ernährung zu bezahlbaren Preisen sichert und einen wesentlichen Beitrag zur Welt ernährung leisten kann.

Konkret geht es CDU und CSU um eine nachhaltige Intensivierung der Lebensmittelerzeugung, die Ertragsreichtum, wirtschaftliche Stabilität der Betriebe und Umweltfreundlichkeit verbindet. Dafür werden wir die Ressourceneffizienz in den Mittelpunkt der Agrarpolitik stellen. Die EU-Pflicht, vier Prozent der Agrarflächen stillzulegen, wollen wir dauerhaft abschaffen.



FDP

Die Produktion von hochwertigen Lebensmitteln vor der eigenen Haustür ist in unserem ureigenen Interesse. Denn eine ausreichende und bezahlbare Lebensmittelversorgung sichert politische Stabilität. In wenigen Politikfeldern ist der europäische Gedanke so fest verankert wie in der Agrarpolitik. Wir Freie Demokraten wollen das Ursprungsziel der Gemeinsamen Agrarpolitik, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union einen zukunftsichernden Beitrag zur Ernährung leisten, wieder in den Vordergrund rücken. Neben fairen Wettbewerbsbedingungen sehen wir Innovationen und technologischen Fortschritt als wesentliche Elemente, damit unsere unternehmerische Landwirtschaft auch in Zukunft sichere Nahrungsmittel erzeugen kann und die Natur dabei durch gute fachliche Praxis geschützt wird.





DIE GRÜNEN

Die deutsche Landwirtschaft leistet einen erheblichen Beitrag zur europäischen Ernährungssicherheit. Die veränderte sicherheitspolitische Lage in Kriegszeiten macht offensichtlich, warum wir die Landwirtschaft in Europa dabei unterstützen müssen, weniger abhängig von Importen über zugelieferte Rohstoffe zu werden. Die Stärkung des gesamten Produktionszyklus muss weit mehr in den Fokus rücken. Dafür muss beispielsweise im Sinne der Landwirt*innen und der Bürger*innen in Europa die EU-Proteinstrategie dringend weiter ausgebaut werden. Die Ernährungssicherheit zu gewährleisten kann mittelfristig gleichzeitig nur gelingen, wenn wir die Leistungsfähigkeit der Ökosysteme als Grundlage für gute Erträge erhalten. Wetterextreme wie Dürren oder Flutkatastrophen haben die Landwirtschaft in den vergangenen Jahren hart getroffen und damit bedroht die Klimakrise direkt unsere Ernährungssicherheit in Europa. Die Europäische Agrarpolitik muss darum Landwirtschaft dafür honorieren, dass sie die Biodiversität, den Boden und das Klima schützt.



AFD

Die verschiedenen Sparten der Landwirtschaft – Ackerbau, Viehzucht, Weinbau, Forstwirtschaft und Gartenbau – schaffen Arbeitsplätze und sind als regional angebundene Primärversorger unserer Bevölkerung wichtige Leistungsträger. Die strukturellen Rahmenbedingungen der Landwirtschaft sind so zu gestalten, dass auch kleine und mittelgroße Betriebe langfristig erfolgreich wirtschaften können. Nur so können regionale Wertschöpfungsketten, kurze Transportwege und die Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln auch in Krisenzeiten gewährleistet werden.

Die EU hat es nicht geschafft, Landwirtschaft und Umweltschutz sinnvoll miteinander zu verbinden. Ideologisch getriebene Fehlanreize und Partikularinteressen verhindern eine nachhaltige Förderung der Forst- und Landwirtschaft sowie den Erhalt und den Schutz unserer Natur. Eine ausufernde Bürokratie zerstört die Existenz des seit Generationen für die Gesellschaft arbeitenden, regional verwurzelten Bauerntums und des ländlichen Raums. Die Afd kämpft für ein Deutschland, in dem Ernährungssicherheit und Selbstversorgung auch für zukünftige Generationen gewährleistet bleiben.



SPD

Unser Ziel ist es, die Ernährungssicherheit in Europa langfristig zu sichern. Dafür ist es von großer Bedeutung, die Landwirtschaft bei den Herausforderungen in der heutigen Zeit und in Zukunft zu unterstützen. In keinem anderen Bereich sehen wir bereits heute die Auswirkungen der Klima- und Umweltkrise so deutlich. Um auch in Zukunft sicherzustellen, dass wir ausreichend Wasser, gesunde Böden, Bestäuber und eine gesunde Umwelt und gesunde Betriebe, die den Generationswechsel schaffen, haben, muss die Gemeinsame Agrarpolitik weiterentwickelt werden. Landwirtinnen und Landwirte müssen zukünftig faire Preise für ihre Produkte bekommen und gleichzeitig muss die Erbringung von öffentlichen Leistungen mit einem fairen Preis honoriert werden. Dies soll dauerhaft unsere natürlichen Ressourcen schützen, ein faires Einkommen und somit die Ernährungssicherheit in Europa in Zukunft sichern. Abhängigkeiten von anderen Regionen der Erde müssen dabei schrittweise abgebaut werden. Dazu zählt insbesondere die Abhängigkeit des Imports von Eiweißpflanzen.



Foto: schauini/pixabay

Programmcheck der Parteien

GREEN DEAL (GD) UND FARM-TO-FORK (F2F)

Die Landwirtschaft steht zu mehr Nachhaltigkeit, kritisiert aber pauschale, nicht folgenabgeschätzte Vorgaben und Einschränkungen. Wie kann aus GD und F2F ein kooperatives Erfolgsmodell werden, das für Landwirte eine wirtschaftliche Perspektive und internationale Wettbewerbsfähigkeit sicherstellt?



FDP

Viele von der EU-Kommission unter der Führung von Ursula von der Leyen (CDU) angestoßene Vorhaben bringen zahlreiche Auflagen, Verbote und bürokratische Belastungen, vor allem für die Landwirte, mit sich. Wir Freie Demokraten fordern daher eine Regulierungspause für den Green Deal. Es braucht zunächst eine Folgenabschätzung der geplanten Maßnahmen. Durch die engagierte gemeinsame Arbeit der Agrarbranche mit uns Freien Demokraten sind die Pläne der EU-Kommission für eine Pflanzenschutzmittel-Verordnung (SUR) zu Recht gescheitert. Wir fordern vielmehr die Zulassung neuer Züchtungsmethoden, eine einfachere Zulassung von Pflanzenschutzmitteln bzw. deren Wirkstoffen auf EU-Ebene und ein Digitalisierungspaket für die GAP, damit unsere Agrarbranche nicht weiter an Wettbewerbsfähigkeit durch EU-Vorgaben einbüßen muss.



SPD

Die SPD macht sich, neben fairen Preisen für landwirtschaftliche Produkte, für eine Honorierung der Landwirtinnen und Landwirte für die Erbringung öffentlicher Leistungen stark. Ziele des Green Deals und der Farm-to-Fork-Strategie sollten dementsprechend auch von der Öffentlichkeit honoriert werden. Dadurch profitiert das Klima, die Umwelt und das Portemonnaie der Landwirtinnen und Landwirte zugleich. Wir müssen die Konzentrationsdynamik in der Landwirtschaft abschwächen und um die Zukunft vieler, diverser Höfe kämpfen.



CDU/CSU

Der Green Deal ist für uns keine Ideologie, sondern der Weg in ein stärker prosperierendes, innovatives, wettbewerbsfähiges und nachhaltiges Europa, das Klimaschutz und wirtschaftliche Stärke miteinander verbindet. Wir haben gezeigt, dass wir bereit sind, europäische Legislativvorschläge mit falschem Ansatz zu verwerfen oder abzuändern. Die Vorlagen zum Gesetz zur Wiederherstellung der Natur und zur Reduzierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes sind Beispiele dafür. Pauschale und starre Zielvorgaben und Verbote ohne Alternativen lehnen wir ab. Um mehr Nachhaltigkeit zu erreichen, setzen wir auf Innovation, Kooperation und Anreize. In der nächsten Legislaturperiode des europäischen Parlaments werden wir einen starken Impuls für Präzisionslandwirtschaft, neue Züchtungstechnologien, integriertes Schädlingsmanagement und den Einsatz von Robotik in der Landwirtschaft setzen, um so die Umwelt- und Klimaziele ohne Ertrags- einbüßen und Einschränkungen der Landbewirtschaftung zu erreichen.



Foto: geralt/pixabay



DIE GRÜNEN

Wir spüren in Europa gerade die volle Wucht der Klimakatastrophe: Hitzerekorde werden gebrochen, Waldbrände grassieren in vielen Ländern, Ernten fallen Dürren zum Opfer, von daher ist eine Strategie, die die Reduzierungsziele des Green Deals z.B. bei der Pestizid-, Düngemittel- und Antibiotikareduktion gemeinsam mit den Landwirt*innen konsequent verfolgt, absolut notwendig. Einen strategischen Dialog wie auf nationaler Ebene auch auf EU-Ebene einzusetzen, ist sinnvoll. Landwirtschaft, Naturschutz, Hochschulen oder Finanzinstitute zusammenbringen ist wichtig, um frühzeitig Praxiswissen in künftige Gesetzgebungsvorhaben einfließen zu lassen, die Landwirtschaft nachhaltig aufzustellen, die Umwelt und die Biodiversität zu schützen und dabei die Ernährungssicherheit zu gewährleisten.



AFD

Der Green Deal zielt auf eine grundlegende Neugestaltung der landwirtschaftlichen Praktiken ab, was allerdings zur verstärkten Einfuhr von Agrarerzeugnissen führt, die unter erheblich niedrigeren Umweltstandards produziert werden. Dies führt dazu, dass die EU ihre Umweltbelastungen auf andere Länder und Regionen verlagert. Außerdem würden für die Produktion dieser nach Europa importierten Agrarprodukte weitere Wälder abgeholzt. Die weitere praxisferne Reduzierung des Düngemittel- und Pflanzenschutzmittels, die mit der F2F-Strategie durchgesetzt werden soll, lehnen wir entschieden ab. Dieser Ansatz der EU-Kommission ist mit signifikanten finanziellen Einbußen für die Landwirtschaft verbunden und wird zu einem erheblichen Anstieg der Verbraucherpreise führen.

Durch Implementierung des Green Deal wird eine billionenschwere Umverteilungsmaschinerie in Gang gesetzt, die zu Desindustrialisierung und Naturzerstörung führt. Das schadet Bürgern, Umwelt und Landwirtschaft. Dabei werden das Selbstbestimmungsrecht der Mitgliedsländer und die ursprünglichen Ziele der GAP weiter unterlaufen.

Programmcheck der Parteien

MEHRJÄHRIGER FINANZRAHMEN

Dieser gibt den Haushalt der EU vor und die Finanzen für die GAP nach 2027. Wie sollte der Finanzrahmen für die Landwirtschaft angesichts möglicher neuer EU-Beitrittskandidaten ausgestaltet sein? Wie kann die wachsende Konkurrenz von sinkenden Mitteln und wachsenden Anforderungen gestaltet werden?

SPD Soziale
Politik für
Dich.

SPD

Das aktuelle Fördersystem ist unfair und trotz Milliarden an Fördergeldern wenig erfolgreich. Die Ausschüttung von Steuergeldern nach Besitz von Hektarfläche ist nicht mehr zeitgemäß und nicht zielorientiert, da in vielen Fällen die Gelder an außerlandwirtschaftliche Eigentümerinnen und Eigentümer über die Pachtpreise weitergeleitet werden. Für uns ist klar: Diese Förderpolitik muss nach dem Motto „Öffentliche Mittel für öffentliche Leistungen“ reformiert werden. Die Landwirt*innen müssen für den Klima- und Umweltschutz fair bezahlt werden. Dementsprechend ist jede Diskussion über den zukünftigen Finanzrahmen abhängig von der Ausgestaltung des neuen agrarpolitischen Rahmenwerks. Wir wollen, dass mit einem neuen Förderrahmenwerk alle europäischen Fördergelder gezielt eingesetzt werden. Jeder Euro muss der Landwirtschaft und gleichzeitig der Umwelt dienen. Nur wenn es uns gelingt, dass Umweltgelder gleichzeitig dem Einkommen der Landwirt*innen dienen oder umgekehrt, kommt dies einer Verdoppelung der Mittel aus Europa gleich. Ein Gegeneinander von Landwirtschaft und Umwelt wie aktuell verbrennt monatlich Millionen. Mögliche Zusatzinvestitionskosten im EU-Haushalt werden wir durch die Einführung neuer EU-Eigenmittel finanzieren, etwa über eine europäische Finanztransaktionssteuer oder ein Eigenmittel auf Aktienrückkäufe.

AfD

AfD

Nach derzeitigem Kenntnisstand würde ein Beitritt der Ukraine in der Haushaltsperiode 2021 bis 2027 einen Mittelabfluss an Agrarsubventionen von 85 Mrd. Euro bedeuten. In Anbetracht des Gesamtfinanzrahmens von 136 Mrd. wären damit massive Einbußen für die hiesige Landwirtschaft verbunden. Nur eine Festschreibung der derzeit verfügbaren EU-Mittel könnte die Planungssicherheit für deutsche Landwirte weiterhin garantieren. Als AfD setzen wir uns für eine Renationalisierung der Agrarpolitik ein, um ein auskömmliches Einkommen für die deutschen Landwirte auch in Zukunft gewährleisten zu können. Bis dahin muss auf EU-Ebene darauf hingewirkt werden, dass einerseits einheitliche Standards festgeschrieben werden, welche die deutschen Landwirte nicht einseitig benachteiligen, und andererseits Einfuhrzölle für Billigimporte aus Drittstaaten außerhalb der EU erhoben werden.



DIE GRÜNEN

Unser Ziel ist es, europaweit bis 2030 einen Anteil von 30% ökologischer Landwirtschaft zu erreichen. Ökologisch wirtschaftende Betriebe erzielen in Deutschland ein höheres Einkommen pro Person als konventionelle Betriebe. Das zeigt, dass es sich schon jetzt finanziell lohnt, in eine regionale und nachhaltige Wirtschaftsweise zu investieren. Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür stärken. Die Mittel der Europäischen Agrarpolitik müssen zukünftig konsequent nach dem Prinzip „Öffentliches Geld für öffentliche Güter“ verausgabt werden. Gesellschaftlich gewünschte Leistungen wie Maßnahmen zum Klima- oder Naturschutz, für die an der Ladentheke kein Preis zu erzielen ist, müssen aus der GAP honoriert werden. Für Kleinst- und Subsistenzbetriebe braucht es aufgrund ihrer stabilisierenden Wirkung in vielen Mitgliedstaaten auch weiter eine Grundprämie. Die Unterstützung ländlicher Regionen über den ELER muss weiter Bestandteil der GAP bleiben.



FDP

Wir Freie Demokraten sorgen nicht nur auf Bundesebene für eine solide Finanzpolitik, sondern treten auch in Europa für finanzpolitische Stabilität ein. Es ist zweifelsohne erkennbar, dass auf den bisher stark von der Förderung der ländlichen Räume und der Landwirtschaft geprägten EU-Haushalt neue, kostenintensive Aufgaben, etwa bei der Verteidigung, zukommen werden. In jedem Fall ist klar, dass die Mittel der Agrarförderung im EU-Haushalt effizienter genutzt werden müssen. Wir Freie Demokraten wollen dafür sorgen, dass die eingesetzten Gelder treffsicherer bei der Förderung von Investitionen und Innovationen bei den landwirtschaftlichen Betrieben ankommen. Die GAP braucht dazu ein grundlegendes Update, denn in der aktuellen, hochkomplexen und -komplizierten Struktur bleibt auch zu viel Geld für den Verwaltungsaufwand hängen.



CDU/CSU

Die Anforderungen an eine verlässliche Versorgung mit Lebensmitteln zu fairen Preisen, an eine hohe Lebensmittelqualität und -sicherheit, an den Schutz der natürlichen Ressourcen und den Tierschutz werden weiter ansteigen. Die Gelder für die Landwirtschaft im zukünftigen mehrjährigen Finanzrahmen müssen damit Schritt halten. Sie müssen den steigenden strategischen Aufgaben zur Sicherung der Ernährungssouveränität ebenso wie den Zielen des Klima- und Umweltschutzes entsprechen und erhöht werden. Wir sind der Ansicht, dass angemessene und zusätzliche Mittel erforderlich sind, um unsere Landwirte bei ihren Anstrengungen für eine umweltfreundliche nachhaltige und sichere Erzeugung zu unterstützen und ihnen zu helfen, die Folgen des Klimawandels zu bewältigen.

Ebenso brauchen die Landwirte mehr Flexibilität und wirtschaftliche Freiräume. Die Rahmenbedingungen müssen so gesetzt sein, dass sie auch neue wirtschaftlich tragfähige Geschäftsmodelle entwickeln können.

Der Beitritt neuer Mitgliedstaaten kann sich nur über einen längeren Zeitraum erstrecken und muss dann von Anpassungen des EU-Budgets begleitet werden. Realistischerweise stehen neue Beitritte großer Agrarländer in den nächsten Jahren noch nicht an.

Foto: Miha Creative/AdobeStock

Programmcheck der Parteien

GEMEINSAME AGRARPOLITIK NACH 2027

Offene Märkte und hoher Wettbewerbsdruck sind die Realitäten der europäischen Landwirte. Hinzu kommen steigende Erwartungen an gesellschaftliche Leistungen der Landwirtschaft. Wie muss die GAP nach 2027 weiterentwickelt werden, damit die Landwirte bestehen können?



FDP

Die jetzige Struktur der GAP ist viel zu komplex und kompliziert, sodass kaum jemand mehr durchblickt. Wir Freie Demokraten wollen ein grundlegendes Update und die Landwirte unabhängiger von der Agrarförderung machen. Von der derzeitigen Struktur mit flächengebundenen Direktzahlungen, die an fachlich nicht immer nachvollziehbare Auflagen geknüpft sind, profitieren die Landwirte immer weniger. Ein Problem ist auch der enorme Verwaltungsaufwand durch immer kleinteiligere Förderung innerhalb der 2. Säule der GAP. Daher ist es unser Ziel, dass gezielter Investitionen und Innovationen gefördert werden. Davon profitieren die Landwirte direkt, indem beispielsweise Technologien gefördert werden, mit denen der integrierte Naturschutz gestärkt wird, ohne dass Erträge eingebüßt werden müssen. Das kommt zudem gesellschaftlichen Anforderungen nach.



AFD

Bislang hat sich mit den nationalen Strategieplänen der EU bereits ein erster Schritt hin zur Regionalisierung der Agrarpolitik etabliert. Diesen Weg gilt es nun konsequenter als bislang weiterzugehen und eine Renationalisierung in absehbarer Zeit zu ermöglichen. Die ursprünglichen Ziele der GAP, Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EU durch die Harmonisierung der Subventionsgrundlagen zu vermeiden sowie die landwirtschaftliche Produktion innerhalb der Mitgliedstaaten zu erhalten, unterstützen wir weiterhin. Jegliche darüberhinausgehende Regulierung der Märkte oder der Produktionsstandards, wie sie derzeit im Sinne des GD forciert werden, lehnen wir ab. Ebenso kritisieren wir Freihandelsabkommen, die bewusst zum Nachteil der Landwirte in Deutschland geschlossen werden.



Konservative und Liberale treiben seit Jahren eine Liberalisierungsagenda für die europäische Landwirtschaft voran. Ihr Mantra ist die Weltmarktorientierung. Die SPD ist davon überzeugt, dass der Preiskampf mit anderen Regionen der Erde für die europäischen Landwirt*innen nicht zu gewinnen ist. Jede Region der Erde sollte sich, soweit es geht, von ihren eigenen Böden ernähren können. Billigimporte von Gütern, die europäische Mindeststandards in Sachen Umwelt oder Arbeitsrecht unterwandern, lehnen wir ab. Des Weiteren müssen wir die Position der Landwirt*innen in der Verarbeitungskette stärken. Leider wurden entsprechende Vorschläge unserer Fraktion, Verkäufe unter Einstandspreis zu verbieten, von Konservativen und Liberalen abgelehnt.

Billigfleisch ist nicht wirklich billig. Weder für die Einkäufer*innen noch für die Gesellschaft und eine „Geiz ist Geil“-Mentalität bedrängt die Zukunftsfähigkeit unserer Landwirtschaft. Für uns ist seit Langem klar, dass die europäische Agrarpolitik gerechter und nachhaltiger gestaltet werden muss. Dafür werden wir unseren klaren Fokus auf eine gerechte und faire Honorierung für die Landwirt*innen und den Klima-, Umwelt- und Tierschutz, mithilfe der Honorierung von öffentlichen Leistungen, legen.

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) 2028–2034 muss eine starke ökonomische Säule haben, die den Landwirten Schutz auf volatilen Märkten bietet und es ihnen erlaubt, nachhaltiger zu wirtschaften und ein ausreichendes Einkommen zu erzielen. Die Direktzahlungen sollten dazu dienen, das Grundeinkommen in der Landwirtschaft zu sichern, und eine echte Honorierung der vielfältigen Leistungen der Landwirtschaft sein. Sie müssen perspektivisch stark vereinfacht werden.



Landwirt*innen sorgen für eine Vielfalt an Lebensmitteln in Europa, die ihresgleichen sucht. Gleichzeitig erhalten und pflegen sie so unsere Kulturlandschaften, die Felder, Wiesen und Weinberge, die Europa auszeichnen. Die jetzige Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) setzt nicht den Fokus darauf, dass diese Vielfalt der Landwirtschaft erhalten bleibt. Immer noch wird auf eine pauschale, flächenbezogene Direktzahlung gesetzt. Dadurch werden Fehlreize geschaffen und große Betriebe mit viel Land und wenigen Mitarbeiter*innen finanziell überproportional unterstützt. Über die reine Hektarzahlung fehlen notwendige Anreize im Sinne des Klimas, der Umwelt sowie der Biodiversität und des Tierschutzes.

Finanzielle Leistungen müssen so gestaltet werden, dass sie Planungssicherheit ermöglichen und direkt bei den Landwirt*innen vor Ort ankommen.

Die EU-Agrarpolitik wollen wir so gestalten, dass die Höfe in den Dörfern erhalten bleiben und die regionalen Wertschöpfungsketten in den ländlichen Räumen, vom Bauernhof bis zum Einzelhandel, gestärkt werden. Dabei kann und muss der Einzelhandel einen höheren Beitrag zur Stabilisierung der Erlöse für die Produzenten leisten.



Foto: Fotolehrting/pixabay

Programmcheck der Parteien

HANDELSPOLITIK

Die EU verhandelt für die EU-Mitgliedstaaten Handelsabkommen. Der Schutz von Standards für sensible Güter wie landwirtschaftliche Produkte gerät dabei teils unter die Räder. Wie werden Sie sicherstellen, dass EU-Standards insbesondere bei Agrargütern bei internationalem Handel durchgesetzt werden?



Die EU braucht eine strategische Handelspolitik, die den gegenseitigen Zugang zu offenen Märkten fördert, die Versorgungssicherheit gewährleistet und Abhängigkeiten reduziert. Wir wollen mehr Freihandelsabkommen v. a. mit den USA und Südamerika abschließen, ohne sie mit sachfremden Themen zu überfrachten. Gleiches gilt für Abkommen im asiatisch-pazifischen Raum, etwa mit Indien, Australien, Indonesien und Thailand. Die Interessen der deutschen und europäischen Landwirtschaft müssen berücksichtigt werden. Deshalb muss unsere Handelspolitik auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit beruhen. Auch von Handelspartnern müssen verpflichtende Standards für Importe von Agrarprodukten eingehalten werden. Die EU-Handelsabkommen müssen Bestimmungen zum Schutz sensibler Produkte enthalten. Schutzklauseln sollen aktiviert werden, wenn ein sprunghafter Anstieg des Handelsvolumens die Stabilität unseres Marktes bedroht. Unsere hervorragenden geographischen Angaben müssen in allen Handelsabkommen geschützt werden.



DIE GRÜNEN

Ernährungssouveränität ist nicht nur für die EU sondern für alle Regionen weltweit von zentraler Bedeutung. Wir lehnen es daher ab, dass der Agrarsektor in Handelsverhandlungen als Druckmittel eingesetzt wird. Auch deswegen sehen wir das EU-Mercosur-Handelsabkommen in seiner jetzigen Form kritisch. Handelsabkommen müssen mit den Bemühungen um den agrarökologischen Wandel sowie mit unseren Verpflichtungen aus den Pariser Abkommen, dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt und den Kernkonventionen der Internationalen Arbeitsorganisation vereinbar sein. Wir teilen die Auffassung, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten alle bestehenden rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen müssen, um sicherzustellen, dass Importe den EU-Standards entsprechen. So haben wir uns beispielsweise für ein Ende von Produkten, die zur Entwaldung beitragen, auf unserem Binnenmarkt eingesetzt, für bessere Tierschutzstandards in Handelsabkommen, und gegen den Export von Pestiziden, die in der EU bereits verboten sind.



SPD

In Handelsabkommen setzt sich die EU für fairen und nachhaltigen Handel ein, wobei der Schutz hoher Standards bei sensiblen Waren, insbesondere Agrarprodukten, essenziell ist. Strenge EU-Importregeln schützen Lebensmittelhygiene, Verbrauchersicherheit und Tiergesundheit, sodass alle Importe EU-Standards erfüllen müssen. Für bestimmte Risikoprodukte, wie Lebendtiere und Pflanzen, sind verpflichtende Grenzkontrollen vorgesehen, während Produkte nichttierischen Ursprungs bei identifiziertem Risiko streng geprüft werden. Eine politische Strategie, die verstärkte Zusammenarbeit mit Handelspartnern, verbesserte Kennzeichnungen, angepasste Kontrollen und den Einsatz moderner Technologien umfasst, soll die Einhaltung der EU-Standards bei Importen sichern. Diese Maßnahmen schützen die Gesundheit der Bürger*innen und die Qualitätsstandards der EU im globalen Handel.



AFD

Die Afd strebt die Neufassung der europäischen Zusammenarbeit an. Vor diesem Hintergrund soll es auch zukünftig eine eng abgestimmte europäische Außenhandelspolitik geben. Wir befürworten eine Reform der Welthandelsorganisation (WTO) und eine verstärkte Zusammenarbeit beispielsweise mit den BRICS-Staaten oder regionalen Organisationen wie ASEAN und Mercosur. Alle Abkommen müssen in transparenten Verfahren verhandelt und durch die nationalen Parlamente ratifiziert werden. Die Afd lehnt die Übertragung von nationalen Souveränitätsrechten an private Schiedsgerichte außerhalb von bilateralen Investitionsschutzabkommen ab. Wesentlich stärker als bisher müssen die Interessen der kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe im Rahmen der Außenwirtschaftspolitik Berücksichtigung finden. Gleichwohl sind die Standards im Verbraucher- und Umweltschutz sowie im Sozialbereich zu erhalten und nicht durch Lebensmittelimporte minderer Qualität aufzuweichen. Auf diese Weise möchten wir den Anteil der Landwirtschaft an der Wertschöpfung in Deutschland wieder steigern und regionale, nachhaltige und weniger störanfällige Wirtschaftskreisläufe entwickeln.



FDP

Deutschland ist eine Exportnation. Millionen Arbeitsplätze, auch viele davon in der Agrarbranche, hängen hierzulande vom Handel mit anderen Ländern ab. Wir Freie Demokraten wollen daher die Chancen des Freihandels nutzen und den Tendenzen des Protektionismus, die weltweit wachsen, entgegenwirken. Wir stehen für fairen, regelbasierten und verantwortungsbewussten Freihandel mit einer reformierten Welthandelsorganisation als Grundlage. Zentral sind für uns dabei faire Rahmenbedingungen, mehr Marktwirtschaft und weniger Bürokratie, so dass Landwirte weltweit unabhängig von staatlichen Subventionen wettbewerbsfähig wirtschaften können. Die unverhältnismäßigen Belastungen für den Mittelstand in Deutschland und Europa, die die unter EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) beschlossene EU-Lieferketten-Richtlinie verursacht, lehnen wir Freie Demokraten dagegen ab.



Programmcheck der Parteien

STRATEGISCHER DIALOG LANDWIRTSCHAFT

Eine resiliente EU braucht eine zukunftsfähige Landwirtschaft. Welche Forderungen bringen Sie in den strategischen Dialog mit der Landwirtschaft der Europäischen Kommission ein und welche Aussichten sehen Sie für eine Umsetzung?



DIE GRÜNEN

Wie bereits in Frage 2 geschrieben, befürworten wir einen strategischen Dialog auf EU-Ebene. Damit dieser Dialog gelingen kann, müssen Vertreter*innen aus verschiedenen Bereichen am Dialog beteiligt werden.

Wichtige Themen für die Zukunft der Landwirtschaft sind beispielsweise die Betrachtung des Pflanzenschutz- und Düngemittleinsatzes und die Analyse angepasster Alternativ-Strategien sowie die Betrachtung einer schonenden Wasserwirtschaft und Bodenbewirtschaftung, einer Kreislaufwirtschaft mit standortangepasster Tierhaltung oder einer nachhaltigen Grünlandnutzung.

Freie
Demokraten
FDP

FDP

Wir Freie Demokraten sehen viele Vorhaben, die die EU-Kommission unter der Führung von Ursula von der Leyen (CDU) angestoßen hat, äußerst kritisch. Denn dadurch wurde die Landwirtschaft zunehmend bürokratisch belastet und mit Auflagen und Verboten überzogen. Uns ist der Dialog mit der Agrarbranche wichtig, um die Erfahrungen aus der Praxis bei politischen Entscheidungen einzubeziehen. Der Dialog mit der Branche sorgt nun auf nationaler Ebene dafür, dass die Regierungskoalition ein Entlastungspaket auf den Weg bringt. Wir halten daher den strategischen Dialog gerade auch mit Blick auf Entbürokratisierung für wichtig.

Foto: Bernd Marczak/pixabay



SPD

Die SPD setzt sich für eine zukunftsfähige Landwirtschaft ein. Das heißt auch, dass der Schutz unserer natürlichen Ressourcen, wie der Klima- und Umweltschutz, oberste Priorität haben. Wir wollen ein Rahmenwerk, das eine gerechtere, bürokratisch vereinfachte und am Gemeinwohl ausgerichtete Agrarpolitik ermöglicht, und wir wollen, dass Gemeinwohlleistungen für die Landwirt*innen als Einkommenssicherung dienen. Gleichzeitig müssen wir sicherstellen, dass diese für ihre Produktion einen fairen Preis erhalten. Dafür muss eine Reihe an Reformen greifen, die die Landwirt*innen durch eine verbesserte Marktordnung und eine mächtigere Position in der Verarbeitungskette schützen. Schließlich müssen wir die Landwirtschaft dabei unterstützen, sich diverser aufzustellen, um betrieblich resilient zu werden.



CDU/CSU

CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass der von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen begonnene strategische Dialog fortgesetzt und ausgebaut wird. Wir wollen die Zukunft mit allen Bäuerinnen und Bauern gemeinsam gestalten. Deshalb ist uns wichtig, dass ihre Stimme gehört wird und mit der Landwirtschaft statt über sie gesprochen wird. Wir gehen nicht mit vorgefertigten Forderungen in den Dialog, sondern wollen den Landwirten zuhören. Wichtige Themen dabei sind für uns die zukünftige Gestaltung der GAP, die Verringerung des bürokratischen Aufwands und der Komplexität der agrarpolitischen Regelungen, die bestmögliche Ausgestaltung eines kooperativen Natur- und Umweltschutzes, der Einsatz neuer Technologien und die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und Verdienstmöglichkeiten für die Landwirtschaft.



AFD

Aufgrund mangelnder Bürgernähe, der Intransparenz der EU-Institutionen, deren weitreichender Regulierungsmacht und deren Entscheidung über gewaltige Geldmittel hat sich eine Vertreter-Maschinerie mit mehr als 25.000 Lobbyisten in den Schaltstellen der EU ausgebreitet. Die Einwirkung auf die Brüsseler Bürokratie erfolgt intensiv und unkontrollierbar schamlos, zuweilen werden Rechtsakte der EU direkt von den Lobbyisten verfasst. Die Afd setzt sich dafür ein, die Unabhängigkeit der Landwirte zu stärken und marktwirtschaftliche Prinzipien wieder in den Vordergrund zu rücken. Eine sach- und leistungsgerechte Vergütung der Landwirte, Viehwirte und Nahrungsmittelproduzenten muss generationengerecht gesichert sein. Dies kann nur mit mehr Selbständigkeit und ohne EU-Verordnungswahn – wie bei der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die wir in großen Teilen ablehnen – geschehen. Eine vernunftgeleitete Politik muss den Lobbyinteressen insbesondere der Umweltverbände Einhalt gebieten und den Landwirten wieder eine starke Stimme geben.